



**BERICHT ÜBER
ZWEITE IMB-MISSION
NACH POLEN**

MAI 1981

SOLIDARNOŚĆ

4316

EINFÜHRUNG

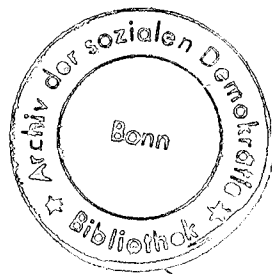
Seit August 1980 beobachtet der IMB die gewaltigen Errungenschaften der polnischen Arbeitnehmer mit grösster Aufmerksamkeit. Der IMB, seine angeschlossenen Organisationen und alle Mitglieder haben mit Solidarität viel gemeinsam. Wie die Mitglieder von Solidarität arbeiten IMB-Mitglieder in Fabriken, Werften, Bergwerken und technischen Büros. Wie die Mitglieder von Solidarität sind sie in ihrem Wunsch miteinander verbunden, eine Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, die sie und nur sie kontrollieren. Eine Gewerkschaftsbewegung, durch die sie ihre Stimme wahrhaft zu Gehör bringen können. Eine Gewerkschaftsbewegung, der sie ihre Beschwerden anvertrauen können. Eine Gewerkschaftsbewegung, die Hoffnung für die Zukunft bietet.

Die polnischen Arbeitnehmer haben für die gewerkschaftliche Freiheit eine Lanze gebrochen, und ihr Mut hat in der ganzen Welt starkes Echo gefunden. Wo immer Arbeitnehmer versuchen, sich zu organisieren und sich Gehör zu verschaffen, haben sie mit der Schaffung von Solidarität in Polen neuen Mut gefasst.

Im Dezember 1980 stattete ein Mitglied des IMB-Sekretariats Polen einen Besuch ab, und sein Bericht wurde in der Gewerkschaftswelt umfassend verbreitet. Er wurde ebenfalls ins Polnische übersetzt, und ein Exemplar wurde Lech Walesa überreicht.

Ich habe beschlossen, dem 25. IMB-Kongress einen zweiten, kürzeren Bericht über einen weiteren Besuch in Polen vorzulegen, so dass die Delegierten über die aktuellsten Informationen über Solidarität verfügen. Der IMB hat Druckereiausrüstungen gesandt und dazu beigetragen, ähnliche Geschenke von Mitgliedsverbänden zu koordinieren. Solche Hilfeleistungen sind auch weiterhin notwendig. Darüber hinaus begrüsst Solidarität Austauschbesuche mit anderen Gewerkschaften. Ich hatte das Vergnügen, führende Mitglieder von Solidarität in Frankreich und in der Schweiz zu treffen. Der IMB wird diese Kontakte und Hilfeleistungen fortsetzen und dadurch eine immer engere Verbindung mit Solidarität schaffen.

*Herman Rebhan
Generalsekretär
Internationaler Metallgewerkschaftsbund*



A 81 - 4316

DER 1. MAI IN WARSCHAU

Die Parade zum 1. Mai in Warschau war sehr viel ruhiger und zurückhaltender als in vergangenen Jahren. Der Umzug setzte sich hauptsächlich aus Veteranen, Soldaten und der kommunistischen Jugendbewegung zusammen. Passanten trauten ihren Augen nicht, als sie die winzigen Delegationen sahen, die das gigantische Traktorenunternehmen Ursus oder das Stahlwerk Huta Warsawa repräsentierten. In vorausgegangenen Jahren hatten beide Werke Delegationen von bis zu 1,000 PZPR-Mitgliedern (Kommunistische Partei Polens) gesandt. 1981 waren weniger als 20 Parteiangehörige bereit, im Umzug mitzumarschieren. Beide Werke sind Bollwerke von Solidarität, die ihren Mitgliedern geraten hatte, nicht an den Paraden zum 1. Mai teilzunehmen, sondern diesen Tag als Familienfeier zu gestalten. In Warschau gaben die Kinos Sondervorstellungen von Filmen, die bisher von der Regierung verboten waren, einschliesslich *Arbeiter 80*, ein Dokumentarfilm des Streiks und der Verhandlungen in Danzig.

DER 3. MAI IN BYDGOSZCZ (BROMBERG)

Wenn Solidarität den 1. Mai ignorierte, wegen der Gedankenverbindungen mit Zwangsdemonstrationen früherer Jahre (in der Zukunft hofft Solidarität den 1. Mai zu einem authentischen und militanten Feiertag der internationalen Arbeitnehmersolidarität zu gestalten), so begingen sie den 3. Mai als nationalen Feiertag mit Menschenmengen von Hunderttausenden in Bromberg und Stettin. Am 3. Mai 1791 trat die polnische Verfassung in Kraft. Sie war für ihre Zeit ein bemerkenswert freiheitliches Dokument, und der 3. Mai war bis zur Einsetzung des Einparteiensstaates 1947 Polens Nationalfeiertag. 1981 wurde zum erstenmal der 3. Mai wieder gefeiert. In Bromberg, wo leitende Solidaritätsmitglieder im vergangenen März verprügelt worden waren, was zu einem vierstündigen landesweiten Streik geführt hatte, versammelte sich eine eindrucksvolle Anzahl Solidaritätsmitglieder einschliesslich etwa 40,000 Mitglieder der Bauergewerkschaft zu einer Massenkundgebung. An die Ansprachen von Führern der Solidarität schloss sich ein Gottesdienst unter freiem Himmel an, und der Tag schloss mit Darbietungen führender polnischer Schauspieler und Musiker.

Jan Rulewski, Vorsitzender der 400,000 Mitglieder zählenden Solidarität in Bromberg, erklärte, diese starke Beteiligung sei ein Beweis für die

zunehmende Stärke der neuen Gewerkschaft. "Die Drohung mit einem Generalstreik nach den Angriffen der Miliz gegen mich und andere Mitglieder von Solidarität und der anschliessende Rückzieher der Regierung haben dazu beigetragen, die Situation zu klären. Selbst wenn die Miliz nicht bestraft worden ist, geht es heute besser. Immer mehr Gruppen beteiligen sich aktiv an Solidarität. Die Presse ist uns gegenüber offener. Die örtliche Miliz handelt nur noch auf schriftlichen Befehl. Wir sind heute viel stärker als noch vor 6 Monaten", sagte er. Ein Beispiel hierfür ist die regionale Solidarität in Jastrzbie. Während der IMB-Mission im Dezember 1980 waren noch Anzeichen dafür vorhanden, dass hier ein von Solidarität abgetrenntes selbständiges Gremium entstehen könnte. Dies ist nicht geschehen, und die Region ist heute völlig in Solidarität integriert. Gleichzeitig werden die alten Gewerkschaften des CRZZ (des nunmehr aufgelösten polnischen nationalen Gewerkschaftsbundes, der auf industrieller Grundlage organisiert war,) schwächer und mit der Zeit immer weniger repräsentativ.

VOLKSWIRTSCHAFT: IST SELBSTVERWALTUNG DIE LÖSUNG?

Die polnische Volkswirtschaft nähert sich einer Katastrophe. Lebensmittelknappheit und Schlangen vor Geschäften sind seit vergangenem Dezember schlimmer geworden, trotz der Rationierung. Die Verknappung von Rohstoffen, Ersatzteilen und wichtigem Zubehör führen zu starken Engpässen in der Produktion. Werftarbeiter in Stettin beklagen sich darüber, dass die Unmöglichkeit, besonderen Draht oder sogar eine richtige Schraube zu erhalten, die Produktion lahmlegen könnte. Durch den starken Devisenmangel ist es sehr schwierig, Einzelteile oder Zubehör aus dem Westen zu kaufen. Mehrere Hundert Investitionsprojekte aus der Gierek-Aera sind aufgegeben oder verschoben worden. Obgleich ein Teil der polnischen Auslandsschulden in Höhe von US\$ 24 Mrd. umgeschichtet worden sind, können die Zinszahlungen nur aufrechterhalten werden, wenn man sich in Polen den Gürtel enger schnallt. Seit 1978 ist das BSP in Polen um 6% zurückgegangen. Dies ist ganz entschieden nicht der Fehler von Solidarität. Die Forderung nach freien Samstagen, die im Abkommen von Danzig erfüllt worden war, hat auf die Produktion nur einen unbedeutenden Einfluss, verglichen mit der Leistungsunfähigkeit und den Verknappungen, an denen die Arbeitnehmer nicht schuld sind.

Jerzy Sosnowski, ein Mitglied des Betriebsausschusses in Huta Warsawa, erklärte, das Betriebsklima habe sich seit der Schaffung von Solidarität erheblich verbessert. "Die Leute wollen arbeiten und produktiv sein,

aber die Wirtschaftsprobleme des Landes sind heute so ernsthaft, dass der gute Wille von Solidarität nicht ausreicht. Wir sind uns bewusst, dass Modernisierung der Anlagen zu Arbeitsplatzverlusten führen wird, aber wir möchten betonen, dass diese Leute umgeschult werden," fügte er hinzu.

Die polnische Regierung steht bei der Durchführung von Wirtschaftsreformen in Polen vor zwei ausserordentlich schwierigen Entscheidungen. Die erste ist die Notwendigkeit für starke Preiserhöhungen. Die zweite: Was soll mit den Arbeitnehmern geschehen, die auf Grund der Modernisierung, erhöhten Produktivität und neuen Technologien nicht länger gebraucht werden? Bei einem Gespräch über diese Fragen in Huta Warsawa erklärte ein Vorstandsmitglied von Solidarität, dass man darauf bestehen müsse, entlassene Arbeitnehmer in die Landwirtschaft zu versetzen. (Die polnischen Landarbeiter haben ein hohes Durchschnittsalter). Seine Kollegen waren jedoch mit ihm hierüber nicht einverstanden und erklärten, es sei unmöglich, dass Solidarität Arbeitskräfte in diese Richtung leitet.

Eines ist klar: Wenn die Regierung Veränderungen einführen will, so muss dies in Zusammenarbeit und in Übereinstimmung mit Solidarität geschehen. Bisher hat die Regierung kein wirksames wirtschaftliches Reformpaket vorgelegt. Solidarität ist nicht sicher, ob sie bei allen wirtschaftlichen Beschlüssen Partner sein will, bis hinunter zur Betriebsebene, falls dies ihre Stärke als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen schwächen sollte. In einigen Betrieben steht die Selbstverwaltung zur Debatte. Solidarität ist an solchen Methoden jedoch nur dann interessiert, wenn sie tatsächlich Vollmachten erhält, z.B. die Vollmacht eines Systems der Arbeiterselbstverwaltung, unbefriedigende Betriebsleiter zu entlassen. Bei Huta Warsawa wären die Arbeitnehmer bereit, ein System der Selbstverwaltung einzuführen, mit dem über genaue Produktionspläne sowohl was die Anzahl als auch die Qualität des produzierten Stahls angeht, über Betriebskapazität und Investitionsprojekte entschieden würde, jedoch nur unter der Bedingung, dass sie innerhalb dieses Selbstverwaltungssystems wahrhafte Vollmachten erhalten.

DIE INFORMATION VERBESSERT SICH STÄNDIG

Seit letztem Dezember konnten die Kommunikationswege von Solidarität zu ihren Mitgliedern und zur polnischen Öffentlichkeit allgemein stark ausgeweitet werden. Es gibt z.B. *Tygodnik Solidarnosc* (eine Wochenzeitung von Solidarität), die seit April jede Woche in 500,000 Exemplaren erscheint. Sein Herausgeber, Tadeuz Masowiecki, verfolgt

eine zurückhaltende Redaktionspolitik, aber trotzdem ist dies eine unabhängige, öffentlich erhältliche Zeitung in einem Einparteiensstaat. Sie ist Polens meistgekaupte Zeitung, die ebenfalls direkt an die regionalen Solidaritätsbüros verteilt wird. Wenn die Behörden eine Genehmigung geben würden, dann könnten an den Zeitungsständen 10 Millionen Exemplare verkauft werden. In Stettin produziert eine Gruppe von Leuten unter der Leitung von Chefredakteur Leszek Dlouchy *Jednosc* (Einheit), mit einer Auflage von 100,000 Exemplaren in der Region. Beide Zeitungen sind fachgerecht produziert und werden in staatlichen Druckereien gedruckt.

Für weitere Publikationen verwendet Solidarität ihre eigenen Vervielfältigungsmaschinen und kleine Druckausrüstungen zur Herstellung einer Vielzahl in Offset gedruckter Zeitungen auf regionaler und Betriebsebene. Quantität und Qualität haben sich 1981 stark verbessert. In Warschau verfügt Solidarität über ihre eigene Zentralstelle, die jede Woche ein 200 Seiten umfassendes Bulletin zur Verteilung an regionale Büros und Vertretungen in Grossfirmen produziert. Dieses Bulletin enthält wortgetreue Auszüge von nationalen Vorstandssitzungen und Gesprächen zwischen Solidarität und der Regierung. In Danzig steht das Zentralsekretariat von Solidarität mit dem restlichen Polen auf dem Weg über ein gutentwickeltes Fernschreibnetz in Verbindung.

Zahlreiche betriebsinterne Rundfunknetze dienen der Direktübertragung von Diskussionen zwischen Vertretern von Solidarität und der örtlichen Geschäftsleitung. Eine Bandaufnahme des Zwischenfalls in Bromberg ist in zahlreichen Exemplaren kopiert und an alle Büros von Solidarität verteilt worden, womit die ungenaue Berichterstattung der offiziellen Presse wirksam neutralisiert werden konnte. Die staatseigene Presse öffnet sich der Solidaritäts-Berichterstattung mehr und mehr. Nach Diskussionen mit Ministern brachte das polnische Fernsehen ein Interview mit dem Sprecher von Solidarität, Janusz Onyszkiewicz. Die Ausgabe des nationalen Morgenblattes *Zycie Warszawy* (Das Leben in Warschau) vom 5. Mai brachte einen langen und eher wohlwollenden Bericht des Falles Edmund Baluka.

Baluka ist der ehemalige Metallarbeiterführer von Stettin, der 1973 in den Westen floh. Im April 1981 kam er illegal wieder nach Polen und wurde von den Werftarbeitern beschützt. Obgleich er auf Anraten von Solidarität nunmehr vor Gericht steht, bleibt er in Freiheit und ist mit Sicherheit der erste Mensch in der Geschichte des Kommunismus, der aus einem kommunistischen Staat zuerst geflohen, sodann illegal wieder eingereist ist und trotzdem in Freiheit bleibt, während Anwälte seinen Fall beraten. Sowohl der Fall Baluka als auch die offene Zeitungsberichterstattung darüber sind Symptome der ausserordentlichen Veränderungen, die die Existenz von Solidarität in Polen herbeigeführt hat.

BEGINN OFFIZIELLER WAHLEN UND ORGANISATIONS-ANSTRENGUNGEN

Zwischen Mai und Juli 1981 wird Solidarität ihre regionalen Wahlen durchführen. Obgleich eine Reihe von interregionalen Industrieausschüssen besteht – z.B. ein Stahlausschuss für ganz Polen – bleibt Solidarität weiterhin fest in ihren regionalen Strukturen verankert. In der Zukunft rechnet sie mit der Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Reihe von industrieweiten Ausschüssen bilden wird, gegenwärtig wird jedoch das gewaltige Einheitsbewusstsein, das aus der regionalen Struktur erwächst, als gewichtigstes Merkmal von Solidarität betrachtet, das unter allen Umständen beibehalten werden muss. Ein ranghoher PZPR-Funktionär hat grosssprecherisch erklärt, die Schaffung von Industriegewerkschaften werde Solidarität spalten.

Aus den Regionalwahlen entstehen erhebliche Probleme für Solidarität. Wie bringt man Stahlarbeiter, Friseure, Lehrer und Hotelangestellte in ein gerechtes, demokratisches und repräsentatives Wahlsystem? In der grossen Region von Mazowsze, zu der Warschau und Umgebung gehören, bereitet die Organisation der Wahlen Janusz Konrasiak, einem Mitglied des Regionalvorstandes, und Anatol Lawina, einem bei IBM in Wien geschulten Computerexperten, der die für die technische Organisation der Wahlen verantwortliche Gruppe leitet, schlaflose Nächte.

Ziel dieser Wahlen ist es, eine Regionalversammlung auf der Grundlage von einem Delegierten pro 1000 Mitglieder ins Leben zu rufen. Die Wahlkreise haben drei Formen. Zuerst Grossunternehmen mit mehr als 1000 Mitgliedern. Zum zweiten Gebiete mit 1000 Mitgliedern aus verschiedenen Betrieben innerhalb derselben Industrie und desselben Berufs – die Hotels in Warschau sind ein solcher Wahlkreis. Zum dritten auf geographischer Grundlage – in einem Vorort von Warschau setzt sich der Wahlkreis aus einer Schule, einem Forschungsinstitut und einem Metallbetrieb zusammen.

Offensichtlich entstehen bei der Bildung der Wahlkreise Spannungen, da Leute versuchen, sicherzustellen, dass ihre Zusammensetzung zur Wahl eines bevorzugten Kandidaten führt. Lawina erklärt, (er ist nicht Kandidat): "Die Leute haben Angst, manipuliert zu werden. Seit 35 Jahren hat es in Polen keine freien Wahlen gegeben. Die Leute wollen, dass die Region ihre eigenen Interessen vertritt und verteidigt. Es könnte sehr gut sein, dass Sektoreninteressen eines Betriebs oder einer Gruppe von Arbeitnehmern und die Interessen einer Region als Ganzes in Wider-

spruch zueinander geraten. Die Arbeiter haben unterschiedliche Forderungen, unterschiedliche Prioritäten, die nicht alle befriedigt werden können.

Sobald die Wahlkreise feststehen, wird auf der Grundlage eines Verhältnisses von 1 Mitglied pro 20 oder 50 Wahlberechtigte ein Wahlkollegium gebildet. Dieses Kollegium wählt für eine zweijährige Amtszeit den Delegierten zur Regionalversammlung. Die verschiedenen Regionalversammlungen werden Mitte Juli zusammentreten und über einen Regionalpräsidenten, den Umfang des Regionalvorstands, Anzahl und Wirkungsbereich von Unterausschüssen usw. beschliessen. Solidarität hofft, Ende August einen nationalen Kongress einberufen zu können, zum ersten Jahrestag der Unterzeichnung des Danziger Abkommens 1980.

Diese Regionalwahlen können sehr gut zu grossen Veränderungen in der Zusammensetzung der Leitung von Solidarität führen, die bisher hauptsächlich aus Leuten bestanden hat, die in der Entstehungszeit im August, September und Oktober 1980 in den Vordergrund getreten waren. Marian Jurczyk, Präsident der Region Stettin, erklärte, er hoffe, dass sich diese Veränderungen in Grenzen halten, da das gegenwärtige Team erprobt und verlässlich sei. Andererseits erklärte einer seiner Assistenten, Bogdan Batura, er hoffe, die Regionalwahlen würden eine neue Gruppe von regionalen Verantwortlichen hervorbringen, weil zu viele der gegenwärtigen Personen aus den Stettiner Schiffswerften kämen und dorthin zurückkehren müssten, um Solidarität an den Arbeitsplätzen zu organisieren. Aus den Betriebswahlen früher in diesem Jahr ist eine etwas ältere Gruppe von Verantwortlichen hervorgegangen, um die im letzten Jahr in Erscheinung getretenen jüngeren Ausschussmitglieder zu ersetzen oder zu ergänzen. Es wird interessant sein, zu sehen, ob sich auch die regionale Führerschaft verändert und was dies für Solidarität bedeuten wird.

Auch andere organisatorische Entwicklungen finden statt. Grossbetriebe in Polen mit mehr als 10,000 Beschäftigten haben ein informelles Informationsnetz geschaffen, weil sie – wahrscheinlich zu Recht – der Ansicht sind, dass im Falle einer Krise die Reaktionen und Aktivitäten der Grossunternehmen entscheidend sein werden. Es ist schwierig, sich hier ein genaues Urteil zu bilden, es scheint jedoch, dass der Einfluss von KOR als Organisation rasch abnimmt, und zwischen KOR-Mitgliedern haben bereits Gespräche stattgefunden, ob diese Organisation nicht formell aufgelöst werden sollte. Die Rolle der gemässigten intellektuellen Berater hat zugenommen, obgleich sie dazu tendieren, sich

im Hintergrund zu halten. Eine im Mai 1981 vom nationalen Ausschuss veröffentlichte offizielle Flugschrift von Solidarität fasst die Beziehungen von Solidarität mit der kommunistischen Partei, dem Staat und der katholischen Kirche trefflich zusammen: *"Die Gewerkschaft ist unabhängig und erklärt, apolitisch zu sein. Dies bedeutet, dass sie weder die Absicht hat, in einer politischen Partei tätig zu werden noch den Wunsch, das Land zu regieren. Sie hält sich an die politischen Grundlinien der polnischen Regierung und akzeptiert damit die Führerrolle der Partei in Staatsangelegenheiten. Dies bedeutet auch, dass sie allen offensteht, unabhängig von politischer Meinung, Religion und Organisationen, denen sie angehören. Sie identifiziert sich mit keinerlei Ideologie und keinerlei Religion. Es trifft zu, dass unter den Symbolen der Gewerkschaft dasjenige des Katholizismus von grosser Bedeutung ist. Dies zeigt den Respekt der in ihrer Mehrzahl katholischen Gesellschaft für die moralische Autorität der Kirche. Die Gewerkschaft selbst als soziale Bewegung ist jedoch weltlich. Sie anerkennt, dass die christlichen Werte die Grundlagen der europäischen Kultur darstellen, sie ist jedoch mit der Kirche nicht politisch verbunden und übernimmt die katholische soziale Doktrin nicht als ihr Programm."*

ARBEIT AUF NATIONALER EBENE IM MITTELPUNKT DER ANSTRENGUNGEN

Eine der grundlegenden Aufgaben von Gewerkschaften, Einkommensverbesserungen für ihre Mitglieder durchzusetzen, ist in Polen keine wichtige Frage. Stattdessen konzentriert sich Solidarität in den Betrieben auf die Verbesserung der Arbeitsplätze und des Betriebsklimas. Mit dem Bestehen einer starken Solidarität in den Unternehmen sind willkürliche Entscheidungen, schlechte Betriebsführung, Günstlingswirtschaft und Schikanen nicht länger möglich. Über die Zuteilung von Plätzen in Ferienheimen wird jetzt gemeinsam entschieden, Zwangsüberstunden sind abgeschafft worden. Freizeit- und Sportklubs sind von Solidarität übernommen worden. Aber überall in Polen sprechen die Menschen nicht von örtlich beschränkten Fragen, sondern sie erwarten Fortschritte von Gesprächen zwischen Solidarität und der Regierung auf nationaler Ebene.

Es ist bereits viel getan worden. Die Bauerngewerkschaft ist seit kurzem gesetzlich anerkannt und ohne Streikdrohung eingetragen worden. Die Regierung hat Solidarität monatliche Fernseh- und Rundfunkprogramme gestattet. Andererseits sind die Gespräche über ein wirtschaftliches Reformpaket jedoch zum Stillstand gekommen. Ein führender Wirt-

schaftsberater von Solidarität, Ryszard Bugaj, hat erklärt, der Reformausschuss sei von der Regierung dominiert, und es müsse ein völlig unabhängiger Ausschuss geschaffen werden. Man erhofft sich viel von einem Gewerkschaftsgesetz, das, falls es angenommen wird, die Arbeitnehmerrechte erweitern würde.

Es sind offensichtlich hitzige Debatten innerhalb der kommunistischen Partei und der Regierung darüber im Gange, wieweit Solidarität als echter Partner zur Lösung der polnischen Lösung behandelt werden sollte. Dies könnte am ausserordentlichen Parteikongress im kommenden Juli entschieden werden. Am Tag, an dem der Zugang von Solidarität zu Fernsehen und Rundfunk angekündigt wurde, wurde auch eröffnet, dass das Politbüro Stefan Olszowski, einen der härtesten Solidaritätsgegner in der Partei, als für die Massenmedien verantwortlich bestätigt hat, trotz weitverbreiteter Kritik von Parteimitgliedern an seiner Informationspolitik.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Solidarität ist sich der Notwendigkeit sehr stark bewusst, die Beziehungen mit Gewerkschaften ausserhalb Polens aufrechtzuerhalten und zu verbessern. Die Abteilung für internationale Angelegenheiten erhält zahlreiche Briefe, einige einfach an "Lech Walesa, Polen" gerichtet, und sie versucht im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten sie alle zu beantworten. Eine steigende Anzahl Delegationen von Solidarität reist ins Ausland, allerdings können nicht alle Einladungen angenommen werden. Der Vizepräsident von Solidarität, Bogdan Lis, sagte hierzu: "Wir möchten eine grösstmögliche Anzahl von Kontakten herstellen. Wir müssen uns jedoch darüber klar sein, dass Besuche in einer Reihe von Ländern politische Probleme aufwerfen würden. Wir werden über unsere Politik und über unsere Auslandsbesuche entscheiden, es wäre jedoch sinnlos, nur um der Auslandskontakte willen innerhalb Polens Schwierigkeiten zu schaffen."

Bei offiziellen Gesprächen mit der Regierung wurde Solidarität erklärt, die Regierung werde sich Kontakten mit dem IBFG widersetzen, habe jedoch gegen den WGB oder den christlichen WVA nichts einzuwenden. Lis erklärte, Solidarität werde keinem internationalen Bund beitreten. Professor Bronislaw Geremek, Chefberater von Solidarität für internationale Beziehungen, erläuterte, dass sich die internationale Politik von Solidarität auf zwei Grundsätze stütze. Zum ersten befänden sich die gewerkschaftlichen Konfliktherde innerhalb Polens, und sie wünsch-

ten die polnische Situation nicht auf die internationale Ebene zu verlagern. Zum zweiten wünsche Solidarität bilaterale Beziehungen mit Gewerkschaften, Verbänden und Bündeln. Er fügte hinzu, dass sich Solidarität nie um Auslandskontakte bemühe, sondern vielmehr auf Briefe und Besuche aus dem Ausland geantwortet habe. "Wir müssen unsere Auslandspolitik Schritt für Schritt entwickeln. Jeder Besuch erweitert unsere Kenntnisse. Wir wissen heute besser, welchen Wert verschiedene Gewerkschaften und Bünde haben. Wir können nichts überstürzen. Es gibt immer noch so viel in Polen zu tun."

Solidarität kennt auch die Gefahr, von miteinander im Wettbewerb stehenden Gewerkschaften in verschiedenen Ländern aus internen Gründen benutzt oder ausgenutzt zu werden. Solidarität begrüsst Besuche von Auslandsdelegationen, die jedoch zunächst mit dem zentralen Büro für internationale Beziehungen in Danzig abgesprochen werden sollten. Die polnische Regierung hat führenden westlichen Gewerkschaftern einschliesslich IMB-Generalsekretär Herman Rebhan Visa verweigert, trotz Protesten seitens Solidarität.

WAS BRAUCHT SOLIDARITÄT?

1. Wie immer geht es vor allem um Druckmaschinen und Büroausrüstungen. Druckereien sind Staatsmonopol, das Solidarität nicht durchbrechen kann. Es trifft zahlreiches Material ein, jedoch mehr oder weniger auf Geratewohl. Ein Drucker in Danzig zeigte auf 5 Pakete einfacher Matritzen für eine Vervielfältigungsmaschine, die nur für diese Matritzen geeignet war. Sobald der Vorrat erschöpft ist, wird die Maschine nutzlos. Bei der Belieferung von Solidarität fehlt es an Koordinierung. In einigen Fällen scheinen grosszügige Versprechen entweder nicht gehalten worden zu sein oder mit grosser Verzögerung einzutreffen.

2. Solidarität wünscht Informationen darüber, wie sich Gewerkschaften organisieren, ihre Mitglieder schulen, Verhandlungen führen und politisch funktionieren. Es bestand grosse Enttäuschung darüber, dass diese Bitte, die seit dem letzten Jahr ständig wiederholt wird, nicht auf grösseres Verständnis gestossen ist. In den Zentralbüros von Solidarität liegen Flugblätter, Aufkleber und Plakate herum, die Besucher von westlichen Gewerkschaften hinterlassen haben, aber ein ständiger Fluss von Material, wenn möglich ins Polnische übersetzt, wäre eine grosse Hilfe.

3. Solidarität möchte mehr Austauschbesuche, um sich Kenntnisse vor allem in Bereichen wie Gewerkschaftsorganisation und Gesundheit und Sicherheit zu erwerben. Es ist nicht sicher, ob die polnische Regierung Mitgliedern von Solidarität Auslandsreisen oder westlichen Gewerkschaftern die Durchführung von Kursen in Polen gestatten würde. Je mehr andererseits Solidarität ihre Gewerkschaftsorganisation entwickelt, desto weniger erscheint sie anderen interessierten Personen in Osteuropa als politische Massenbewegung.

4. Irgendwann in der Zukunft wird Solidarität um Geldmittel für einen Sozialfonds aus dem Ausland bitten. Diese Mittel würden zum Kauf dringend erforderlicher Medikamente, Ausrüstungen für Krankenhäuser und ärztliche Bereitschaftsdienste in Betrieben und Arbeiterwohnvierteln verwendet. Dieses Geld wird Solidarität verwalten und es wird als ein Mittel angesehen, die soziale Aufgabe von Solidarität zu demonstrieren und damit zu beweisen, dass Geldmittel aus dem Westen nicht als politische Provokation angesehen werden können.

ZUSAMMENFASSUNG

Seit der letzten IMB-Mission nach Polen im Dezember 1980 hat Solidarität ihren Einfluss und ihre Position im Land erhöht. Sie ist heute besser organisiert, und ihre Führer haben ihr Stehvermögen bewiesen. Die Büros scheinen sauberer, ordentlicher und sehen weniger provisorisch aus. Das Gebiet von Mazowsze (Warschau) beschäftigt nunmehr 100 vollzeitliche Mitarbeiter und wird im Juni in grössere Büros umziehen.

Solidarität verfügt heute auch über eine sehr viel vielseitigere und besser organisierte Gruppe von Experten, die der Regierung vorzulegende gut-durchdachte Programme ausarbeiten können. Allgemein ist das Verhältnis zu den Behörden besser geworden. Zwar kommen immer noch Fälle von Schikanen, Polizeiangriffen, mit anti-Solidarität-Slogans beschmierete Wände vor, die Gewerkschaftsarbeit wird jedoch heute sehr viel stärker geachtet. Diskussionen über Sachverhalte werden allgemein ein-sichtsvoller geführt. In Zukunft könnten neue Streitpunkte auftauchen, wie z.B. die Forderung von Solidarität nach Entlassung aller politischen Häftlinge und ihre Entschlossenheit, alle ihre Mitglieder oder Berater, die verhaftet werden, zu schützen. Innerhalb von Solidarität werden intensive und rationale Debatten geführt über Fragen wie Wirtschafts-reformen und Selbstverwaltung, was die Vitalität der Gewerkschaft be-weist.

Die Probleme haben sich auf die politische Szene verlagert, wo die regierende PZPR (Kommunistische Partei Polens) inmitten einer tiefen Krise steckt, wie (oder ob) sie reformiert werden soll. In dieser Hinsicht sind die Absichten der Sowjetunion wesentlich, aber die Zeichen vom Kreml bleiben verwirrend. Heute ist jedoch klar, dass es unmöglich wäre, die Probleme in Polen auf friedliche Weise ohne die tatkräftige Konsultation, Beteiligung und Zustimmung von Solidarität lösen zu wollen.

Der Führer von Solidarität auf allen Ebenen sind entschlossen, die Gewerkschaftsbewegung zu einem Leitgedanken für die theoretische und praktische Arbeit von Solidarität zu gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die fortgesetzte Unterstützung und Mitarbeit von IMB-Verbänden und anderen demokratischen, unabhängigen Gewerkschaften außerhalb Polens weiterhin lebenswichtig. Das polnische Volk kann auf eine lange Geschichte kurzlebigen Interesses der Welt zurückblicken, um danach jedesmal ihrem Schicksal überlassen zu werden. Für die organisierten Arbeiter der Welt wird es eine Herausforderung sein, zu sehen, dass es im Falle von Solidarität der Geschichte nicht gestattet sein wird, sich so zu wiederholen.

Eine Elektrikerin im Stahlwerk Huta Warsawa wurde am 2. Mai gefragt, auf welche Weise Solidarität ihr Arbeitsleben verändert hat. Sie antwortete: "Es ist schwierig, diese in Worte zu fassen. Ich fühle mich heute frei." □

Genf, 12. Mai 1981

Herausgeber:

INTERNATIONALER METALLGEWERKSCHAFTSBUND

54 bis Route des Acacias

1227 Genf (Schweiz)

PRÄSIDENT: EUGEN LODERER

GENERALSEKRETÄR: HERMAN REBHAN

Gedruckt in der Schweiz vom IMB

Dokument 81 - 9

A81